

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Gesamtpreiser Nr. 276]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Gesamtpreiser Nr. 272

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Morgens (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Postamtstraße Nr. 50/51, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.50. Monatlich M. 50. — Postämterstraße Nr. 4039, letzter Nachzug.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltige Zeitspalte oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtsige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr Vormittags, darüber tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 275.

Mittwoch, den 23. November 1904

11. Jahr.

Steige eine Beilage.

## Menschenjagd.

In patriotischen Gesichtsbüchern älterer Jahrgänge kann man die erhabene Erzählung finden vom braven Schützen im Thüringischen, der sich am Vorabend der Schlacht von Jena weigerte, der französischen Armee einen wichtigen Gebirgsweg zu zeigen, der ihr den Angriff auf die Preußen bedeutend erleichtert hätte. Vergebens, daß ihm Napoleon mit Erschießen drohte; der Mann blieb fest und zahlte schließlich mit dem Leben, weil er nicht dem Feinde Verrätherdienste leisten wollte gegen sein Vaterland. Ein Stein bezeichnet die Stelle, wo dieser schlichte Held fiel. Sein Name lebt fort in der patriotischen Geschichtsschreibung und sein Tod gilt als ein Beweis mehr der abgrundtiefen Schelmenhaftigkeit des korinthischen Parvenus.

In einer deutschen Zeitung ist vor mehreren Tagen ein Brief eines deutschen Soldaten erschienen, der die Erinnerung an diese schon halb vergessene Geschichte weckt. Der Fall, den er erzählt, hat eine merkwürdige Ähnlichkeit mit dem Opferode des Thüringer Schützen, und der Unterschied ist nur, daß die Unmenslichkeit der Handlung noch greller hervortritt, und daß diese neue Geschichte, wenn sie wahr ist, nicht ins Buch des deutschen Ruhmes, sondern ins Buch deutscher Schande gehört.

In unserer trostlosen Kolonie Südwestafrika neigt sich die blutige Tragödie des Hereroaufstandes zu Ende. Der schwarze Volksstamm, den die Segnungen kapitalistischer Kultur zur Verzweiflung brachten, der es wunderbarerweise nicht begreifen konnte, daß die landfremden Weißen das Recht haben sollten, ihm das Vaterland zu nehmen und als Herren darin zu schalten, ist am Ende seiner Widerstandskraft. Das zeigt jener Brief, den wir oben erwähnten. Der Sanitätsunteroffizier Joseph Tziel aus Sagan, der im Jüngsten auch zur höheren Ehre Deutschlands im Lazarett zu Euturo gestorben ist, hat ihn geschrieben und das Sprottauer Wochenblatt hat ihn am 10. November veröffentlicht. Und darin heißt es:

„Ihr dürft nicht denken, daß Karibona ein Ort oder gar eine Stadt ist. Es befindet sich hier weder ein Haus noch eine Hütte, nicht einmal gutes Wasser hat es. Die Löcher, woraus wir das Wasser nehmen, sind voll Schlamm, in dem sich unheimlich viel Fische recht gemütlich fühlen. Als Stuhl benütze ich den Sattel, als Tisch eine leere Kiste. Wir lagern hier seit dem 4. September und haben den Hund, die Hereros, welche von der Kolonne Schloß angegriffen wurden, an einem Durchbruch zu verhindern. Bis jetzt ist noch nichts geschahen. Wir liegen hier drei Bünde der 4. Kompanie, rechts von uns die 5. Batterie und rechts davon die 9. Kompanie; auch befinden sich hier eine Feldbäckerei und eine Hydrographenstation. Es haben sich Schloß schon sehr viele Hereros ergeben. Gestern wurde eine Gefangene eingebracht, die nur aus Haut und Knochen bestand. Die Hereros sind nämlich schon halb verhungert. Die Gefangene sagte aber trotzdem nichts aus und wurde deshalb wegen gleich erschossen. Es befinden sich auch noch andere Gefangene hier, welche aber alles auszusagen. Lange können es die Hereros nicht mehr aushalten, da sie durch Krankheit und Hunger schon zu sehr geschwächt sind. Das Vieh ist zum größten Teil dem Absterben nahe. Vor dem Gesetzt am Waterberg und nach dem Gesetzt bei Hamatari haben wir schon eine Unmenge totes Vieh angetroffen. In den Gefächten haben die Hereros viel Verluste gehabt. Trotzdem sie die Gefallenen mit sich nehmen, haben wir doch noch viel Tote gesehen; sie werden von uns nicht begraben, sondern bleiben liegen. Auf mancher Stelle ist es wegen des Leichengeruchs von Negern und Vieh kaum auszuhalten.“

Also die Hereros sind fertig. Sie können nicht mehr widerstehen — die Gefahr ist vorläufig abgewendet, der Feind ist unschädlich gemacht. Aber die Verfolgung geht weiter. Und was für eine Verfolgung! Wenn der Unteroffizier recht hat — und zu einer Lüge liegt kein plausibler Grund vor, was von Renommisterei kann hier wohl keine Rede sein, da der Schreiber die Frau nicht erschossen haben will —, wenn der Brief die Wahrheit berichtet, so ist die Verfolgung auf das Niveau der Kriegsführung Wilder heruntergekommen! Einer halbverhungerten Hererosfrau ist danach das Antlitz gestellt worden, ihre Stammesgenossen zu verraten und da sie sich des Verrätherdienstes weigert, hat man ihr mit dem Tode gedroht und schließlich die gräßliche Drohung ausgeführt! Ist es wirklich so geschahen, so haben wir einen Akt der Barbarei zu verzeichnen, der zum Himmel schreit, der Schlamm wiegt, als die Ermordung wehrloser deutscher Frauen und Kinder durch die Hereros. Denn die Hereros sind Wilde, die zur Verzweiflung getrieben waren, in denen ein gentiles Kolonialregiment alle blutdürstigen Taktiken der Wildheit gewandt hatte. Wir Deutschen aber nehmen uns, eine zivilisierte Nation zu sein und unsere W-

deutschen versichern uns, daß wir an der Spitze der Zivilisation marschieren.

Es ist nicht einzusehen, weshalb der Unteroffizier Tziel in seinem Briefe gelogen haben sollte. Aber dennoch sträubt sich unser Gefühl dagegen, zu glauben, daß Deutschlands Ehre durch solche Tat, durch deutsches Militär besetzt worden ist. Sollte sich der Unteroffizier geirrt haben, sollte die Frau für irgend ein schweres Verbrechen den Tod erlitten haben? Man möchte es wünschen und doch stellt sich solcher Annahme die Erwägung entgegen, daß ein Unteroffizier sich jedenfalls über den Vorfall informieren konnte. Bedenklich ist, daß das Sprottauer Wochenblatt anscheinend die Glaubwürdigkeit des Briefes absolut nicht angezweifelt hat, da es ihn ohne jeden Kommentar brachte. Das gut ordnungsparietliche Blatt hat sich zu solcher Anzweiflung schon deshalb nicht gedrängt gefühlt, weil es, wie kein Schweigen zu der grauenhaften Geschichte beweist, das Verfahren für gar nicht außergewöhnlich und für durchaus zulässig hält. Gegen Wilbe ist nämlich nach der Logik des deutschen Ordnungsmannes alles erlaubt!

Steht die Regierung, stehen die für die Kriegsführung in Südwestafrika Verantwortlichen auf demselben Standpunkt? Wir nehmen das so lange nicht an, als es nicht zweifellos erwiesen ist. Der Reichskanzler hat aber nach der Veröffentlichung des Briefes nunmehr die zwingende Pflicht, so schnell wie möglich unzweideutig zu erklären, daß die deutsche Reichsregierung solche Barbarei nicht will und mit gleicher Eile eine Untersuchung anzustellen, ob der Unteroffizier Tziel die Wahrheit berichtet hat, damit in diesem Falle die Schuldigen bestraft werden können!

Zur Wahrung deutscher Ehre, so haben uns die Ordnungsbücher versichert, ist der Feldzug gegen die Hereros notwendig. Zur Wahrung deutscher Ehre ist vor allem die Widerlegung der Erzählung des Unteroffiziers Tziel notwendig.

Aber nicht das allein! Als der Aufstand der Hereros losbrach und die Schwarzen in der Weise von Wilden gegen die Weißen, gegen ihre Bedrücker wütheten, da konnte man in der ganzen Ordnungspresse lesen, daß die Ehre Deutschlands blutige Sühne der Freveltaten fordere. Blut ist jedem in Strömen geflossen, an 800 Söhne deutscher Eltern, wahrlich einige Tausend Hereros sind für die deutsche Ehre gefallen — man sollte meinen, daß selbst die wüthendsten Chauvinisten befriedigt sein müßten. Daß aber die Ehre Deutschlands bedroht ist durch die Fortsetzung des Kampfes gegen die Hereros, das sehen diese Herren nicht! Und doch geht aus allen offiziellen und Privatmeldungen der letzten Zeit unzweifelhaft hervor, daß der Feldzug immer mehr den Charakter einer großen Menschenjagd annimmt. Die Hereros sind geworfen, ihre Raub ist zu Ende. Nicht ein wehrhafter Feind steht dort im nördlichen Teile der Kolonie unseren Truppen noch gegenüber. Trotha meldet, daß die Hereros sich aufgelöst haben und in kleinen Scharen die Reite der deutschen Truppen zu durchbrechen suchen. Ihr Widerstand hat so gut wie aufgehört, wie die offiziellen Meldungen über die Verluste zeigen. — Trotha berichtet von einem Gesetzt, das seinen Truppen einen Toten und einen leicht Verwundeten kostete, dem Feinde aber 68 Tote!

Daß ein Gesetzt, bei dem ein solches Verhältnis der Verluste eintritt, nicht mehr in den Rahmen eines ehrlichen Krieges fällt, sondern direkt unter Menschenjagd gebracht werden muß, das liegt auf der Hand. Es gilt nicht mehr, einen gefährlichen Feind unschädlich zu machen, sondern was da geschieht, das ist Schlächterei, das läßt sich nur rechtfertigen, wenn man die Dezimierung der Hereros will, wenn man ihre Zahl so viel wie möglich mit Feuer und Blei vermindern will. Und daß eine ganze Reihe deutscher Kolonialpolitiker das als wünschenswertes Ziel ansieht, darüber kann man sich leider keinen Täuschungen hingeben.

Soll dieses Ziel nun auch das der offiziellen deutschen Kolonialpolitik werden? Fast könnte man glauben, wenn man liest, wie Trotha in seinen Meldungen die Hoffnung ausdrückt, es werde ihm gelingen, den Feind „aufzureiben“. Das bedeutet, daß die Menschenjagd auf die zerstreuten Häufen weiter fortgesetzt werden soll, daß auf die deutsche Ruhmestafel noch viele Gesetze eingetragen werden sollen, von denen man mit dem Dichter wird sagen können: „Nicht eine Schlacht, ein Schlachten war's zu nennen!“ Diesem edlen Ziele dient auch die unsinnige Forderung unserer Kolonialpresse, daß die Menschenjagd nur dann eingestellt werde, wenn die Hereros sich insgesamt ergeben und ihre Führer ausliefern! Wie sich die zerstreuten Häufen unter Einander über diese Forderungen verständigen sollen, ist das Geheimnis unserer Kolonialpresse. Dem Norden kann nur Einhalt getan werden, wenn mit jeder einzelnen Schere der Hereros Friedensverhandlungen angeklopft werden.

Nirgends aber in der deutschen Ordnungspresse wird man eine Forderung nach solchem Verfahren finden. Nirgends ein Schrei der Entrüstung über die Menschenjagd. Der fromme Reichsbote war das einzige bürgerliche Blatt, das solche Menschenjagd für eine deutsche Soldatenunwürdige Zumutung erklärte!

Daß mit der Beendigung des Hererosfeldzugs noch nicht Friede würde — dafür hat unsere geniale Kolonialpolitik bekanntlich gesorgt, indem sie die Potentotten und andere Stämme der Kolonie in den Aufstand trieb. Noch viele deutsche Millionen werden auf Nimmerwiedersehen in den südafrikanischen Sand geworfen werden. Es ist eine kostspielige Kriegsführung branten in Afrika. Nach einer Meldung der „Schlesischen Zeitung“ sind bereits 140 Millionen verpulvert! Wie viele werden noch nachfolgen? Das läßt sich natürlich nicht entfernt berechnen. Aber wohl läßt sich ungefähr ermitteln, wie viel das Abenteuer auf eine bestimmte Zeitdauer kosten dürfte. Ein früherer bayrischer Oberst v. Renaud hat die Kosten des Burenkrieges auf 14 Mark pro Tag und Kopf der ausgebotenen Bequemlichkeit berechnet. Das nämliche Resultat ergibt eine Prüfung der Kosten des chinesischen Abenteurers. Ganz sicher ist nun die Kriegsführung der Engländer im Burenkrieg nicht billiger als die gegen die Hereros gewesen, da sie schwere Artillerie mit sich führen mußten und einen größeren Munitionsverbrauch hatten. Setzt man aber die durchschnittlichen Tageskosten für den südafrikanischen Aufstand auf 14 Mk. pro Kopf fest und nimmt eine Durchschnittsstärke von 7000 Mann an, so ergibt sich für die Zeit vom 1. Februar bis 31. Dezember 1904 ein Kostenaufwand von 32 340 000 Mk. Für den Rest des Etatsjahres 1904/05 nehmen wir eine Stärke von 14 000 Mann an. Das ergibt für diese Zeit einen Aufwand von 17 640 000 Mk. Die Gesamtkosten ergeben also 49 980 000, rund 50 Millionen Mark.

Die Reichsregierung hat aber schon viel mehr verbraucht, sie fordert allein in einem Nachtragsetat für 1904 80 Millionen. Es ergibt sich pro Kopf der Truppen eine tägliche Ausgabe von 28 Mark, das Doppelte der oben berechneten 14 Mk.

Die Herstellung der deutschen Ehre in Südwestafrika ist eine verurteilt kostspielige Sache. Weshalb, darüber gibt einen teilweisen Aufschluß ein Artikel der gut ordnungsfreundlichen „Täglichen Rundschau“ in ihrer Nr. 535. Darin wird die enorme Sterblichkeit der Pferde in diesem Feldzuge auf die Tatsache zurückgeführt, daß man östpreussische Pferde nach Südwestafrika geschickt habe, statt auch nur einen Versuch mit mexikanischen Pferden zu machen, die auf alle Fälle die Strapazen viel besser ertragen haben würden. Diese mexikanischen Pferde seien zudem noch wohlfeiler als die östpreussischen. Wirklich heißt es in diesem Artikel: „Wann diese Angebote nicht berücksichtigt werden? Die besten Agrarier, hörte ich wiederholt sagen, müßten zufrieden gestellt werden.“

So muß das deutsche Volk auch bei überseeischen Feldzügen den Jankern Tribut zahlen! Was die deutsche Ehre nicht alles verlangt!

Propos Ehre! Wenn das deutsche Volk auch viel leicht meint, daß es mit dem Hererosfeldzuge nicht viel Ehre einlegen könne — Ehrunge hat er doch schon eine ganze Reihe gebracht. Der „Reichsanzeiger“ vom Sonnabend bringt eine lange Liste von Ordensverleihungen für die Südwestafrikakämpfer. Trotha, der große Stratege, hat den Kronenorden 2. Klasse erhalten; der durch eine furchtbare Niederlage bekannt gewordene Major v. Glasenapp, der seine Truppe durch ungläubliche Unerschrockenheit und unerträgliche Strapazen so gut wie aufzuheben hat, den roten Adlerorden 3. Klasse. Den anderen beteiligten Offizieren sind Hunderte von höheren und niederen Orden besetzt worden. Unteroffiziere und Mannschaften gehen auch nicht leer aus. Wer sich ausgezeichnet hat, kriegt das Militär-Ehrenzeichen. Orden gib's für sie nicht — das ist das Vorrecht der Offiziersklasse, in die die Plebs nicht hineinkommt und wenn sie sich auch ausgezeichnet hat. Denn die schon Bestimmung, daß der Soldat, der sich im Kriege ausgezeichnet, zum Offizier befördert werden kann, macht sich ja auf dem Papier ganz gut, in der Wirklichkeit aber hilft man sich, die Rangordnung umzuwerfen, stattdem der Klassenstaat auch das Klassenheer erfordert.

## England und Japan.

Zu einer größeren Schlacht ist es bei Mukden bis jetzt noch nicht gekommen, doch liegen Nachrichten über kleinere Kämpfe vor. So selbst die Petersburger „Wirkende Wiedemann“ aus Mukden vom 20. November: Auf den Stellen ist alles ruhig. Der Artilleriekampf dauert seit vorgestern, wird aber nachts eingestellt. Die Truppen erwarten einen neuen ernstern Angriff. Ein Offizier, der von der äußersten linken Flanke der Russen hier eingetroffen ist, berichtet, daß die Japaner keine Abstrichungen an die Jarkquellen bis nach Lungwanfau entsenden, um sich zu verproviantieren. Das Land dort ist bisher noch verschont geblieben und ist reich an Vorräten, die billig verkauft werden, während in Mukden unerhörte Preise gefordert werden. — Das russische Telegraphen-Bureau in Petersburg berichtet folgendes: Nach dem mißglückten Versuch, den Butlowberglager zu besetzen, zogen sich die Japaner nach Scheischakki zurück und besetzten sich auf der ganzen Linie. Es verläutet, der Feind behne sich in einer nicht dichten Linie aus-

sich mit dem linken Flügel auf den Sacho fliegend und auf dem rechten bei Benifu konzentrierend. — Europäerinnen meldet: In der Nacht zum 19. ds. sprengten Freiwillige ein einzelstehendes, dem linken russischen Flügel gegenüberliegendes Haus in die Luft, in dem sich eine 25 Mann starke japanische Feldwache befand.

Das Schicksal Port Arthurs dürfte, wie aus Aufnahmen gemeldet wird, besiegelt sein, doch ist man im russischen Hauptquartier fest überzeugt, daß die Garnison bis zum äußersten wie bisher mit beispiellosem Heldennut kämpfen wird. Man hofft, daß die innere Stadtwand mit ihrem 10 Meter tiefen Graben inzwischen sturmfrei ausgebaut sein und nach dem Falle des Landforts noch einigen Widerstand wird leisten können, und wenn das Stadttinnere erobert ist, werden die Küstenforts sich selbständig noch mehrere Tage halten können, sobald die Japaner keine Zeit finden dürften, diese Küstenforts bis zum Eintreffen der baltischen Flotte verteidigungsfähig herzurichten. Wenn das Gerücht wahr sein sollte, daß die Garnison nur noch 4000 Mann betrage, so würde dieser Umstand nicht allzu große Besorgnis erregen, weil die Verteidigungslinie immer kürzer wird. — Schließlich wird aus Tokio mitgeteilt, daß die Beschießung mit Schiffsgefeßeln die Explosion eines russischen Pulvermagazins beim Arsenal herbeiführte. Die Tätigkeit bei den Angriffen auf die Forts schreitet dem Plane gemäß fort.

Dem „Standard“ wird aus Schanghai vom 20. Nov. gemeldet: Ein aus Tschifu eingetroffener Dampfer berichtet, daß mit dem russischen Torpedobootzerstörer „Rastorop“ zusammen 3 andere Zerstörer aus Port Arthur ausgedrungen sind. Zwei von ihnen wurden von den Japanern angehalten, während der dritte entkommen ist. Von Port Arthur werde berichtet, daß die Japaner am 17. November Minen gesprengt hätten, durch die die Flankendeckung von Erlungshan und Sungtschan zerstört worden sei. Viele russische Maschinengefährte auf den Brüstungen seien außer Acht gelassen.

Nach dem „Siege“ der baltischen Flotte in der Nordsee, scheinen die tapferen Russen auch Erfolge zu Lande erzielen zu wollen; sie haben dabei auch „sehr gut abgeköhlt“, wenn die Meldung des „Daily Express“ aus Kanea (Kreta) zutrifft: Während des Anstiehs eines Teils der baltischen Flotte fanden dort fürchterliche Szenen statt. Offiziere wie Mannschaften waren fortwährend in wüß betrunkenem Zustand und trieben sich auf den Straßen umher, wo sie die Einwohner injuzierten und tödlich angriffen. Bei solchen Ausfällen haben sie wenigstens fünf Personen getötet. Einige vierzig Matrosen desertierten. Sie erklärten ganz offen, daß sie kein Vertrauen mehr zu ihren Offizieren hätten. Die Disziplin ist auf allen Schiffen außerst mangelhaft. Die meisten Schiffe sind von veraltetem Typ und der Reparatur bedürftig. Schlechtes Wetter verhinderte die am Montag angelegte Abfahrt der Flotte nach Port Said; auch sämtliche Kohlenkessel konnten nicht abgehen. In Ergänzung dazu wird dem „Lokal“ aus Bizjo von japanischer Seite berichtet, daß die russischen Schiffe, die sich dort aufhielten, als solche eines durchaus günstigen Eindruck gemacht haben, daß jedoch die Ausbildung der Offiziere wie Mannschaften, insbesondere aber die Disziplin sehr viel zu wünschen übrig gelassen hätte.

Von den Japanern beschlagnahmt wurde ein deutscher Dampfer, welcher Lebensmittel und Winterkleidung an Bord hatte. Der Kapitän sagte aus, die Ladung sei für Nahrungszwecke bestimmt.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Die Verhandlungen über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag sind bekanntlich auf einige Schwierigkeiten gestoßen und trotz des mühsamen Aushandlungsprozesses, der in Wien durchgeführt hat, ist beiderseits eine Reihe wichtiger Punkte ein Einigung bisher nicht erzielt worden. Das „Centralblatt der Posten und Telegraphen“ erzählt nun von österreichischer Seite, daß die deutsche Regierung dem Reichstage nach dessen Zusammenritt über den Stand der Verhandlungen und über den Verlauf der in Wien durchgeführten Arbeiten ausführliche Informationen erteilt wird. Hierbei wird gleichzeitig erklärt werden, auf welcher Grundlage ein Vertrag zustande zu kommen ist. Man geht sich in Regensburg, der letzten Hauptstadt, die Unterhandlungen nicht ins Stocken kommen werden. In der ersten Hälfte des nächsten Monats wird es sich als einigend zeigen, ob ein für Deutschland vorteilhafter Handelsvertrag in Aussicht steht oder ob man auf weitere Verhandlungen mit der Österreichischen verzichten muß. Sollten die Verhandlungen wider Erwarten abgebrochen werden, so müßte dies auch die zu dem erwähnten Zeitpunkt abzugesandten werden, da während einer Kündigung des alten Vertrages zum 1. Januar 1905 unumkehrbar wäre. Der Kaiser würde einen Bollkrieg vorsehen, wenn die Verhandlungen im Scheitern wären.

Zur Kammerfrage. Die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses wird sich am 23. November mit ihrer Stellung zu Kammerfrage beschäftigen. Das „Centralblatt der Posten und Telegraphen“ berichtet, daß „mit gewöhnlicher Höflichkeit von den verschiedenen Seiten daran gearbeitet wird, die Mitglieder der beiden kaiserlichen Parteien des Abgeordnetenhauses, die bisher Gegner des Rhein-Lime-Kanals waren, dazu zu bringen, ihre Gegnerschaft aufzugeben und der von der Kammer in einigen nachfolgenden Jahren abzuschließenden Vertrag zuzustimmen“. Das Blatt führt dann den Rat aus, daß die Vertrauens ihrer Wähler zu gewinnen. „Durch ihre wichtige, feste und sichere Stellung in der Kammer kann sie das volle Vertrauen ihrer Wähler gewinnen, wenn sie sich selbst nicht durch dieses Vertrauen wohl angegriffen fühlen, wenn sie in jeder Stunde die Möglichkeit haben, andere als rein sachliche Erwägungen bestimmend auf sich wirken zu lassen! Sie müßten demnach gewiss erwarten, daß in einem großen Maße sich selbst antun werden.“ Der „Centralblatt der Posten und Telegraphen“ führt nun weiter aus: „Während des

ganzen Kanalkampfes haben die Konservativen immer von neuem wieder hervorgehoben, daß gegenüber der Kanalvorlage niemals politische Motive, sondern immer nur rein wirtschaftliche Gründe maßgebend sein dürften, und daß die Konservativen nun und nimmermehr bei ihrem Verhalten gegenüber der Kanalvorlage sich von anderen als rein sachlichen Erwägungen leiten lassen würden.“ Unter „rein sachlichen“ Gründen versteht das Parierorgan aber nur solche, die zur Ablehnung der Vorlage führen.

Brauchen wir einen Kolonialminister? Nach Ansicht unserer Kolonialpolitiker brauchen wir ihn sehr nötig. Die „Freie Deutsche Presse“ bezeichnet dieses Verlangen als Verblendung und fügt hinzu: „Als ob das Fiasco der deutschen Kolonialpolitik von einem zu geringen Einfluß der Berliner Bureau herrühre und eine anderweitige Ordnung in den Bureau eine Wendung herbeiführen könnte. Nein! Unsere Kolonien haben überhaupt keinen, oder nur einen sehr geringen Wert. Das System der Regierung dort durch schneidige Offiziere und reglementarische Beamte ist hier am wenigsten angebracht. Kolonien sind nicht dazu da, „des Reiches Macht und Herrlichkeit“ in der Weltpolitik zu offenbaren, sondern um für das Mutterland Geld zu verdienen, und deshalb ist dort, wie schon Fürst Bismarck richtig erkannte, nur der regierende Kaufmann am Platze. Man begegnet ja freilich auch auf anderen Gebieten der sonderbaren Vorstellung, daß Uebelständen tiefgreifender Art abgeholfen werden könne, wenn man nur ein selbständiges Reichamt schafft: mit einem besonderen Staatssekretär an der Spitze. Unsere Kolonialverwaltung hat am wenigsten die Bedeutung, daß sie die Unterlage eines besonderen Ministeriums bilden könnte. ... Was bedeuten denn unsere Kolonien, abgesehen von Kiautschou? In allen Kolonien zusammen wohnen nur 5000 Deutsche, mindestens zur Hälfte sind dies Schutztruppen und Beamte. Selbst die weiße Bevölkerung insgesamt zählt nur 8000 Köpfe. Allerdings bringt das Kolonialwesen für die Reichsregierung an allen Ecken und Enden recht Verrger und Verdienst mit sich. Dazu kommt das Treiben der Kolonialpresse, welche in den Kolonialvereinen ohne entsprechende Sachkenntnis und ohne eigene Opferwilligkeit fortgesetzt auf neue, kostspielige Unternehmungen in den Kolonien drängen. Dies alles kann ja einem Staatssekretär des Auswärtigen den dringenden Wunsch nahelegen, mit der Kolonialverwaltung künftig nichts mehr zu tun zu haben.“ Natürlich! Aber auch damit läßt sich das Verlangen nach einem Kolonialminister nicht rechtfertigen.

Die Dresdener Nationalliberalen und Antisemiten. Ein Dresdener Telegramm des „Borl. Tagebl.“ teilt den Rücktritt der Dresdener Nationalliberalen von dem Wahlreformkompromiß mit den Antisemiten und Einzelheiten darüber mit, welche merkwürdigen Erwägungen die Dresdener Nationalliberalen dazu gebracht haben, sich auf das Kompromiß mit den Antisemiten einzulassen. Es besagt: „Nachdem die Wahlrechtsfrage von der letzten Sitzung der Stadtverordneten abgesetzt ist, sind die Nationalliberalen von dem Kompromiß mit den Reformern zurückgetreten und werden bei der Stadtverordnetenwahl selbstständig vorgehen. Für die bekannte Wahlrechtsreform haben sich die Nationalliberalen, wie mir heute erklärt wird, „nur bereit finden lassen, um den unheilvollen Einfluß der Reform in der Stadtvertretung durch den Einzug der Sozialdemokraten und durch eine Verzerrung der Nationalliberalen im Kollegium zu brechen“. In Zusammenhang mit dieser Abstimmung hat man sich von nationalliberaler Seite bei der Vorbereitung der Wahlrechtsänderung ernstlich bemüht, die Zahl der auf die Nationalliberalen mit weniger als 2500 W. Einkommen entfallenden Vertreter zu erhöhen. Reformen und Konservativen erklärten jedoch bei diesen damals vertraulichen Besprechungen, den Sozialdemokraten nicht einmal einen Sitz zu gönnen. Die Nationalliberalen hielten es umso mehr für klug, das Kompromiß zu schließen, als die Reformen drohten, sie würden, wenn die Nationalliberalen es ablehnten, ein Wahlrecht schaffen, das den Nationalliberalen und Arbeitern auf lange Jahre hinaus jeden Einfluß im Stadtverordnetenkollegium unmöglich mache.“ Das „Borl. Tageblatt“ bemerkt dazu: „Das Vorgehen der Nationalliberalen mit dieser „Drohung“ der Reformen zu erklären und zu entschuldigen, geht nicht an. Gerade diese „Drohung“ mußte den Nationalliberalen zeigen, welchen Wert die Reaktionen auf die Beteiligung der Nationalliberalen an der Wahlrechtsreform legten. Wenn die Reformen zu Drohungen ihre Pflichten nahmen, um die Nationalliberalen zum Abtritt an der Wahlrechtsänderung zu bestimmen, so war tausendmal gegen eine zu weiten, daß sie auf eigene Faust eine noch ürgere Verschlechterung des Wahlrechts nicht unternehmen würden. Hätten sie eine solche Verschlechterung des Wahlrechts für durchführbar gehalten, so hätten sie sich auf das Kompromiß mit den Nationalliberalen gar nicht erst eingelassen. Die Jungliberalen in Dresden müssen politische Feinde sein, wenn sie das nicht einsehen.“

Handelsminister Müller hat sich dieser Tage einem Beirater der „Preuß. Corr.“ gegenüber über Deutschlands Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit der Präsidentschaftswahl wie folgt ausgesprochen:

„Der Einfluß der Wahl Roosevelts auf unsere gegenseitigen handelspolitischen Beziehungen wird insofern günstig sein, als in Auslegung und Handhabung der Zollbestimmungen bei den amerikanischen Behörden anzunehmen etwas mildere Auffassungen Platz greifen dürfte. Werden die berechtigten Beschwerden und Klagen der deutschen Fabrikanten, die nach den Vereinigten Staaten exportieren, endlich berücksichtigt, so wird das zweifellos auch auf den amerikanischen Absatz in Deutschland einfließen werden, der in den letzten Jahren nach dem Rückgang der verfallenden amerikanischen Zolltarife eine wesentliche Steigerung erlitten hat. Die Wahl Roosevelts ist also den beiderseitigen Interessen günstig. Freilich darf man nicht so weit gehen, anzunehmen, dass radikale Umwälzungen zu erwarten. Momentlich ist das Zustandekommen eines Handelsvertrages mit den Vereinigten Staaten im Hinblick auf die Zusammenlegung des Kongresses noch wie vor völlig ungewiss.“

Dem Scherl-Nachb. Dieser Tage ging durch die

Blätter die Meldung, daß Scherl zu seinen vielen Zeitungsunternehmungen sich jetzt auch ein Annonzenbureau großen Stils zulegen wolle, und daß zu diesem Zweck das Bureau von Haafenstein u. Vogler angekauft sei. Die Gesellschaft Haafenstein u. Vogler ersucht uns um Aufnahme folgender Mitteilung: „Wiederholt wird von nicht zu ermittelnder Seite das Gerücht verbreitet, daß die Firma Scherl den größten Teil der Aktien unserer Gesellschaft an sich gebracht und unsere Firma „aufgekauft“ habe. Wir sind in der Lage, die feste Versicherung abgeben zu können, daß an dem Gerücht nicht das Geringste wahr ist. Der größte Teil der Aktien unserer Gesellschaft befindet sich in einer Hand vereinigt, und ist es von dieser Seite ausgeschlossen, daß die Aktien an irgend wen veräußert werden. Bisher ist es uns trotz eifrigster Nachforschung nicht möglich, den Urheber oder Verbreiter dieser Gerüchte, die wie es scheint systematisch von Zeit zu Zeit in die Öffentlichkeit langiert werden, zu ermitteln.“

Ein Nachklang zum Königsberger Prozeß. Am 26. April 1904 wurde bekanntlich die Unterjuchungshaft gegen Braun, Nowagrotki und Trepian aufgehoben. Genosse Braun besand sich damals noch in Zürich. Um ihn möglichst schnell von dem für ihn so wichtigen Ereignis in Kenntnis zu setzen, sandte ihm Genosse Reiter ein Telegramm. Dieses wurde in Königsberg am 26. April, mittags 12 Uhr 40 Min., aufgegeben, erreichte den Genossen Braun aber erst am folgenden Tage. Die Post hatte es zunächst dem Ersten Staatsanwalt vorgelegt. Diesen Tatbestand veröffentlichte die „Königsberger Volkszeitung“ und knüpfte daran die Bemerkung, daß man doch die hohen Telegrammgebühren für sofortige Uebermittlung zahle; sie hätte aber von der Rückzahlung einer Gebühr an den Abnehmer noch nichts gehört. Durch diese Notiz sollen nun die Postbeamten im Bezirk der kaiserlichen Oberpostdirektion Königsberg belehrt sein und die Oberpostdirektion hat gegen den verantwortlichen Redakteur, Genossen Marchonini, Strafantrag gestellt.

Ein Minister über Arbeiterforderungen. In heftigen Landtage ist die Vorlage betr. die Bewilligung von rund 6 1/2 Millionen Mark für Bauzwecke in Bad Nauheim angenommen worden. Unser Genosse Ulrich, der dem Finanzausschuß seit vielen Jahren angehört, war Berichtserstatter. Er hatte im Anschluß diese sehr zeitgemäße Bestimmung durchgedrückt, ohne auf besonderen Widerstand zu stoßen: „... Beim Abschluß von Verträgen mit Unternehmern ist möglichst darauf zu sehen, daß die mit den Arbeiterorganisationen vereinbarten Löhne und Arbeitsbedingungen anerkannt und Streiks oder Ausperrungen nicht Naturereignissen gleichgestellt werden.“ Im Landtag sprach Finanzminister Gnauch zu Gunsten dieser Bestimmungen. Soweit er Arbeiten in Nauheim zu vergeben haben werde, würde er unter sonst gleichen Verhältnissen solche Unternehmer bevorzugen, die in festem Lohnvereinbarung mit den Arbeitern stehen: „Mag man darüber akademisch denken, wie man will, der praktische Standpunkt des Bauherrn, der das größte Interesse daran hat, daß sein Bau rechtzeitig und ungehindert durch Ausperrungen und durch Streiks fertig wird, der praktische Standpunkt des Bauherrn, dessen Interesse am Fertigwerden gerade in den komplizierten Verhältnissen in Nauheim besonders stark ist, wird sehr gern solche Firmen bevorzugen lassen, die in derartigen Vereinbarungen stehen.“ Trotz dieser verständigen Ausführungen des früheren Straßensbautechnikers und jetzigen Finanzministers wurde die Ulrichsche Forderung mit 19 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten natürlich alle „Vertreter der Landwirtschaft.“

Der Oberstarfmacher Geh. Finanzrat Dr. Jenck, der ehemalige Kruppdirektor, der bei der letzten Reichstagswahl einen so glänzenden Durchfall erlitt, ist vom König von Sachsen in das sächsische Herrenhaus berufen worden. Herr Jenck, der bekanntlich zu der von der Reichsregierung von der Industrie geforderten 12 000 Mark-Spende zur Förderung der Buchhausvorlage allein 5000 Mark beigetragen hat, prät gewiß weit besser in die sächsische Erste Kammer als in den Reichstag.

Ein großes Mißgeschick hat den deutschen Transporttransport, der sich unter Führung des Hauptmanns v. Gahne nach Südwestafrika einschiffen sollte, betroffen. Kurz vor seinem Bestimmungsort strandete der Dampfer „Gertrud Boermann“, auf dem sich die Truppen befinden. Hauptmann v. Gahne meldet darüber aus Swakopmund: Der Dampfer „Gertrud Boermann“ ist 15 Kilometer nördlich von Swakopmund bei Nebel gestrandet. Weiter ruhig. Die Mannschaft ist zum größten Teile in Sicherheit. Ich hoffe, Pferde und Ladung zu bergen. An Bord der „Gertrud Boermann“ befinden sich der Gelbvermessungsstrupp, die vierte Ersatzkompanie und die Ersatzbatterie, zusammen 21 Offiziere, 382 Mann und 300 Pferde. Der Kommandant der „Bineta“ meldet über die Hilfeleistung bei dem sieben Seemeilen nördlich von Swakopmund im Nebel gestrandeten Transportdampfer „Gertrud Boermann“: Fährliche und Passagiere wurden durch die „Bineta“ an Bord genommen, desgleichen das Expeditionskorps und sind nach Swakopmund gebracht worden. — Es wird versucht, zunächst die Pferde und dann die Ladung an Land zu bringen. Leichter und Dampf Fahrzeuge sind in genügender Anzahl vorhanden. Wenn das Wetter gut bleibt, wird voraussichtlich der größte Teil der Ladung geborgen werden, während der Dampfer selbst wohl verloren ist. Aus der Meldung des Hauptmanns v. Gahne kann man schließen, daß noch nicht die gesamte Mannschaft in Sicherheit ist; es ist also möglich, daß bei schlechtem Wetter Menschenverluste zu beklagen sein werden. Der Dampfer „Gertrud Boermann“ war früher unter dem Namen „Wals“ Eigentum des Norddeutschen Lloyd in Bremen und wurde im Mai 1904 an die Boermann-Linie verkauft. Der Dampfer ist im Jahre 1893 auf der Werft von Wigham, Richardson u. Co., Low Walker-on-Tyne, aus Stahl erbaut. Das Schiff war 160,34 Brutto, 292,27 Netto-Reg.-Tons groß, hatte eine Länge von 127,21 m; Breite von 13,30 und Tiefe von 7,96 m. Die Besatzung bestand aus 90 Mann. — Ein Bericht kommt selten aus dem alten Sprichwort, und gleich nachdem die Nachricht von der Strandung der „Gertrud Boermann“ eingetroffen ist, meldet die „Köln. Zig.“ aus Madrid: Aus Las Palmas wird telegraphiert: Der Dampfer „Eduard Boermann“ mit deutschen Truppen an Bord, fehlte Sonntag kurz nach dem Auslaufen aus dem Hafen zurück, weil er eine Havarie an der Schraube erlitten hatte. Er hofft, den Schaden bis Montag auszubessern.

Vom Kriegsschiffplatz in Südwestafrika. Die neueste Verlaufsliste besagt: An 27. August 1904

vorben: Sergeant Rudolf Kiesel, geboren 10. 4. 75, früherer Feldartillerieregiment Nr. 3, am 30. Oktober in Großfontein; Gefreiter Wilhelm Goller, geboren 6. 7. 70, früher 7. bayerisches Infanterieregiment, am 16. November in Windthal; Gefreiter Wilhelm Brunns, geboren 16. 1. 82, früherer Infanterieregiment Nr. 37, am 24. Oktober in Spitzer; Reiter Georg Vogt, geboren 22. 1. 84, früherer Feldartillerieregiment Nr. 42, am 16. November in Dönnbünde. An Herzschwäche gestorben: Reiter Wilhelm Guntke, geboren 13. 8. 82, früherer Kavallerieregiment Nr. 5, am 4. November in Dönnbünde infolge Hirschschusses. An Darmblutung gestorben: Ritter August Wittke, geboren 17. 6. 82, früherer Infanterieregiment Nr. 155, am 4. November bei Dönnbünde. Gestorben: Gefreiter August Steiner, geboren 5. 1. 80, früher im 5. bayerischen Infanterieregiment, am 15. November bei Dönnbünde. Vermisst: Reiter Bruno Brudmann, geboren 2. 6. 81, früherer Trainbataillon Nr. 3, am 22. Oktober bei Dönnbünde beim Einsteigen der Reihwache.

**Kleine politische Nachrichten.** Dem Gedanken der Einberufung einer neuen Haager Konferenz hat sich Deutschland gleich den meisten anderen Staaten zu stimmen erklärt. — Sonntag trat in Zürich der Parteitag der schweizerischen sozialdemokratischen Partei zusammen. Er gab sich ein neues detailliertes Parteiprogramm mit Anlehnung an das deutsche Programm. Montag folgten die Debatten über Verweigerung des Militärdienstes bei Truppenaufgehoben in Streikfällen. — Unsere Parteigenossen in Innsbruck nahmen Sonntag in einer sehr stark besuchten Versammlung Stellung zu den jüngsten Innsbrucker Ereignissen. Eine Resolution, die sich gegen die Regierung wendet und die Gleichberechtigung aller Bürger verlangt, wurde einstimmig angenommen.

### Norwegen.

**Eine Sozialistendebatte im Storting.** In Laufe der verfloffenen Woche fand im Storting eine große Debatte über den Budgetvorschlag statt, die ungefähr drei Tage in Anspruch nahm. Es wurden scharfe Angriffe gegen die neue Regierung und ihre Finanzpläne gerichtet, die unter anderem den Finanzminister Michelsen veranlaßten, die Ratskammer zu stellen. Der Staatsminister Hagerup aber suchte die Regierung mit Gegenargumenten gegen die Sozialisten und „Fablogialisten“ zu verteidigen. Er bemerkte unter anderem: „Die reinen Sozialisten sind eigentlich nicht so gefährlich. Die Masse von Unwissenden hat keine Aussicht, Eingang beim Volke zu finden, doch schaffen sie viel Unheil dadurch, daß sie zum Klassenkampf und Klassenhaß reizen. Darum ist es geradezu entsetzlich, daß wir nun beobachten müssen, wie Männer, deren Lebensaufgabe es ist, das Evangelium der Liebe und des Friedens zu erläutern, Führer sind bei Ausbreitung des Klassenhaßes.“ — Auf diese Redewendungen antwortete unser Parteigenosse Eriksen, der bekanntlich evangelischer Pfarrer ist: „Dem Staatsminister hat es sehr wenig gefallen, daß der Klassenkampf auch von mir geführt wird, aber ich das Evangelium des Friedens zu verkünden habe. Ich kenne die Lehre, Herr Präsident, daß die Geistlichen diejenigen segnen sollen, die die Macht der Gesellschaft in Händen haben, daß man das Christentum als Schirm des Bestehenden gebrauchen soll, daß die Geistlichen die Armen damit trösten sollen, daß sie sagen, es sei Gottes Wille, daß ihre Verhältnisse so sind, wie sie sind, und daß sie genüsslich und zufrieden sein sollen. Das haben die Geistlichen bisher getan, und es ist begreiflich, wenn es Aergernis bei den Konservativen erregte, daß einer damit bricht und nicht mehr mitmachen will. — Ich gelobe, gleichwie ein dänischer Sozialdemokrat einmal sagte, daß meine Hand beständig gegen die Lumpigkeit aller Politik gerichtet sein soll, die darin besteht, daß man sich zusammenschließt, um den Fuß auf den Nacken derer zu setzen, die am schlechtesten gestellt sind.“ — Uebrigens machte unser Parteigenosse den Minister auch darauf aufmerksam, daß eine Partei, die es wie die Norwegische Arbeiterpartei innerhalb dreier Jahre von 7000 auf 30 000 Stimmen gebracht hat, keineswegs so ungefährlich sein kann, wenngleich sie nicht, wie Hagerup meinte, „auf eine Katastrophe wartet“, sondern lediglich den parlamentarischen Weg wählt.

### Oesterreich-Ungarn.

**Rundgebungen gegen Tisza haben am Sonntag in Budapest gleichfalls stattgefunden.** Anlässlich der liberalen Versammlung fanden vor dem Redutengebäude und im Saale selbst Demonstrationen von Studenten und jungen Arbeitern statt; im Saale beteiligten sich auch mehrere Mitglieder des demokratischen Klubs an den Rundgebungen. Als die Mitglieder des liberalen Klubs erschienen, wurde Befehl erteilt, den Platz zu räumen. Mehrere renitente Personen wurden festgenommen und die Menge zerstreut. Bald aber trübten die Demonstranten wieder zusammen unter lauten Rufen: „Abzug Tisza!“ Im Saale wurden die Reden oft durch härmliche Zwischenrufe unterbrochen; man entfernte die Särmenden aus dem Saale und übergab sie der Polizei. Es waren durchweg Mitglieder der demokratischen Partei, darunter zwei junge Advokaten. Die Demonstrationen wurden auch nach der Versammlung fortgesetzt. Als der Ministerpräsident aus der liberalen Versammlung zu Fuß nach seinem Palais zurückkehrte, bereitete ihm, wie das „Wolffische Bureau“ berichtet, eine große Menge lebhafter Huldigungen, eine kleinere Gruppe aber, die schon während der Versammlung vor dem Gebäude lärmende Rundgebungen veranstaltet hatte, empfing den Ministerpräsidenten mit Abzugsrufen; auch wurden Schmeißballen gegen ihn geworfen. Die Polizei trieb die Ruhestörer mit der blanken Waffe auseinander. 40 Personen wurden verhaftet.

### Frankreich.

**Der Prozess gegen die Mörder von Cluses hat vor den Geschworenen zu Nancy begonnen.** Auf der Anklagebank sitzen die vier Schöne Crettiez und die sechs Arbeiter zusammen. Einer der letzteren, Lazare Goug, muß zeitweilig wegen Schmerzen im Kopf abgeführt werden; er wurde mitten ins Gesicht getroffen und mehrere Wunden davon noch nicht entfernt werden. Zunächst wird mit der Vernehmung der angeklagten Brüder Crettiez begonnen. Die Art, wie der Präsident die Vernehmung führt, ist sehr wirksam ab von der, wie wir sie bei uns gewohnt sind. Die

Brüder Crettiez geben zu, daß sie bereits 14 Tage vor dem 18. Juli stets bewaffnet waren; ihre Gewehre standen immer bereit. Sie versuchten es aber so darzustellen, als ob sie einen Angriff auf die Fabrik befürchteten und als ob sie in berechtigter Notwehr gehandelt hätten. Der Präsident wirft ein: Wenn die Arbeiter daran gedacht hätten, die Fabrik zu demolieren, so würden sie das wohl in der Nacht getan haben. Die Demonstration war aber nachmittags und die Arbeiter wußten, daß sie bewaffnet waren. Sie sind ferner durch die Soldaten geschützt gewesen. 65 Mann waren in der Nähe der Fabrik stationiert; 25 Gendarmen sind auf dem Bürgermeisterrat einquartiert. Sie hatten also nichts zu fürchten. Auf die Behauptung der Angeklagten, die Arbeiter hätten sie mit Revolvern bedroht, wirft der Präsident ein: Wenn die Streikenden Revolver gehabt hätten, würden sie Ihre Schüsse sofort beantwortet haben. Die Aussagen der Arbeiter sind bestimmt und offen. Sie waren nicht bewaffnet und wollten nur friedlich demonstrieren; gegen das Haus ist vorher nur ein einziger Stein geschleudert worden. Zwei der angeklagten Arbeiter zugaben, irgend etwas begangen zu haben, sie sind von der Anklage befreit worden, ganz willkürlich aus der Masse herausgegriffen. Die anderen geben zu, daß sie, nachdem die Schüsse gefallen, nachdem eine große Anzahl der Unglücklichen tot oder verwundet die Straßen bedeckte, von Wet und dem Gedanken nach Rache ergriffen, in das Haus gestürzt seien, um die Mörder zu ergreifen. Der eine hat dabei einige Gegenstände, wie Kaffertasse und dergleichen aus dem Fenster geworfen, ein anderer hat einige Schläge gegen eine Tür geführt usw. — Das sind die ganzen Vorgehen, die sich die Arbeiter, nachdem man ihre Brüder aberschossen hatte, haben zuschulden kommen lassen. Die Zusagevernehmungen sind bis jetzt den Brüdern Crettiez sehr unangenehm. Nicht ein Geschäftsfreier, war unbeteiligter Zuschauer bei den Vorfällen des 18. Juli, er kennt keinen der 10 Angeklagten. Er bekundet, daß kein einziger Fenster eingeworfen war, daß die Streikenden unbewaffnet waren und daß die Schießerei begann, als der Zug fuhr am Hause der Crettiez angelangt war. Chaumont, der Deputierte des Kreises, hat Vermittlungsversuche gemacht, er schildert die Streikenden als ruhige besonnene Leute, die nur den einen Wunsch hatten, eine Verständigung mit ihrem Chef zu erlangen.

**Ein Rettungsversuch Pelletans?** Der Marineminister hat an den Seepfaffen von Orient ein Schreiben gerichtet, worin er erklärt, daß er Auswanderungen und sonstige Einschüchterungsversuche der Arbeiter barchaus nicht zulassen könne. Die Arbeiter würden durch ein solches Vorgehen die öffentliche Meinung und das Parlament gegen sich aufbringen. Der Seepfaffe möge alle bestrafen, die von der Arbeit fortbleiben.

### Wohlfahrt und Arbeitergebühren.

Dienstag, den 22. November.

**Klatsch, Zimmerer!** Ueber die Firma Helfmann u. Co. (Bahnhofsbau) ist die Sperre verhängt. Die Lohnkommission der Zimmerer.

Die Fischindustriellen waren, wie berichtet worden, am Montag in Altona versammelt, um zu beraten, welche Schritte zu unternehmen sind, die Arbeitszeit so zu regeln, wie es den Unternehmern paßt. Entsprechende Petitionen sind von den Unternehmern an den Reichskanzler und Bundesrat gelangt, in deren Begründung behauptet wird, daß die jetzige gesetzliche Regelung der Arbeitszeit für weibliche Arbeiter in den Betrieben der Fischindustrie undurchführbar sei. Die Häuhereien, Konservertfabriken, Schupvereien usw. sollen ganz außer Stande sein, sich in die gegebenen Verhältnisse hineinzupassen, weil die Zufuhr so unregelmäßig sei. Unregelmäßigkeiten im Betriebe hat aber der § 133 a der G.-D. schon vorgesehen, der den höheren Verwaltungsbehörden das Recht gibt, an 40 Tagen im Jahr eine 13stündige Arbeitszeit für Frauen zu gestatten, wenn dadurch die tägliche Dauer der Arbeitszeit, im Durchschnitt der Betriebstage des Jahres, die regelmäßige gesetzliche Arbeitszeit, nicht überschritten wird. Wenn also an 303 Arbeitstagen in einem Betriebe gearbeitet wird, dürfen über 16 Jahre alte weibliche Arbeiter 333 Stunden beschäftigt werden. Wird nun an 40 Tagen je 13 Stunden gearbeitet, dann bleiben 293 Stunden für die übrigen 263 Arbeitstage, also 10 Stunden 40 Minuten für den Tag. Das genügt aber den Fischindustriellen nicht. In § 137 der Gewerbeordnung steht ja, daß weibliche Arbeiter elf Stunden täglich beschäftigt werden dürfen. Die hier gegebene Erlaubnis wird voll ausgenutzt und dann darf noch für die Dauer von zwei Wochen eine Ueberschreitung und zwar bis zu 13 Stunden stattfinden. Dann erlangt der Industrielle an 303 Arbeitstagen 3357 Stunden. Aber auch diese Zeit genügt den Unternehmern nicht. Die durchaus unzulässigen Vorschritten über Sonntagsruhe, Verbot der Nachtarbeit usw. werden frech verlegt. So berichtet z. B. der Gewerbeinspektor für Pommern im Jahresbericht für 1903 Seite 83: „In einer gewerblich betriebenen Fischschupperei werden häufig Frauen und Mädchen bis 12 Uhr Nachts und an Sonntagen von 7 1/2 Uhr früh bis 7 Uhr Abends beschäftigt.“ Und der Gewerbeinspektor für Schleswig berichtet, daß Ueberschreitung häufiger und in einer größeren Anzahl von Betrieben als sonst bewilligt ist und den Fischräuhereien schon mit Hinweis auf ihre Petition Ueberschreitung an Sonnabenden und Vorabenden von Festtagen gestattet ist. Alle diese Vergünstigungen genügen aber nicht. In einem der beim Bundesrate eingereichten Aufträge wird nicht weniger verlangt, als daß die Fischindustrie ganz und gar von den beschränkenden Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Beschäftigung von Arbeiterinnen befreit werde. Ein anderer Herr, der Sekretär des „Bereins der Fischindustriellen Deutschlands“ verlangte, daß an 10 Tagen des Kalendermonats, jedoch nicht öfter als an zwei Abenden hintereinander, bis 11 Uhr abends gearbeitet werden darf, wenn die Arbeitszeit an diesen Ausnahmetagen 13 Stunden nicht überschreitet und die Zahl der Arbeitsstunden in der Woche nicht höher als 66 ist. Wo die Frauen im Tagelohn arbeiten, könnte man dann in der Woche viermal 13 Stunden und an einem Tage 11 Stunden arbeiten lassen. Es wären das 63 Stunden. Es müßte also jede Woche ein Tagelohn gesparrt werden. Außerdem will der Herr noch an fünf Sonnabenden das Arbeiten bis 8 Uhr gestattet wissen. In einem Kontrollbuche sollen die Tage eingetragen werden, an denen länger als bis 8 1/2 Uhr oder an Vorabenden von Sonn- und Festtagen länger als bis 5 1/2 Uhr gearbeitet wird. Sicher ist, daß der Herr, der gar keine Beschränkung will, das für die Unternehmer Passende am besten getroffen hat. Denn wer garantiert dafür, daß an den-

jenigen Tagen, an welchen schon überhaupt alle zulässige Arbeitszeit voll und ganz ausgenutzt ist, nicht mit auch noch große Zufuhren kommen? Angenommen, die Vorschläge des Sekretärs wären Gesetz. Ein Unternehmer läßt am Montag und Dienstag je 13 Stunden arbeiten, am Mittwoch 11 Stunden und Donnerstag und Freitag wieder je 13 Stunden. Er hat also 63 Arbeitsstunden verbraucht. Nun kommen am Sonnabend große Zufuhren. Jetzt darf er nach dem Vorschlage des Sekretärs nur noch drei Stunden am Sonnabend arbeiten lassen. Also auch diese Regelung ist wie jede Regelung für die Unternehmer unbrauchbar. Gelsen können hier nur zwei Mittel: entweder jede Regelung wird beiseite gelassen, oder die Fischindustriellen passen sich den Verhältnissen an. Die Anpassung ist nicht so schwer, wie es aussieht. Die Schwierigkeiten entstehen nur, wenn die Arbeitszeit so eingeengt ist, daß die mittleren Geschäftsgänge schon alle gesetzlich erlaubten Arbeitsstunden ausgenutzt werden und bei großem Andrang der Arbeit keine Arbeitsstunden mehr verfügbar sind. Würde ein Arbeitnehmer, so schreibt das „S. G.“, als regelmäßige Arbeitszeit den Achtstundentag einführen, dann hätte er bei der jetzigen Lage der Gesetzgebung täglich schon 3 Reservestunden, in welchen er arbeiten lassen könnte. Wenn dann die Zufuhr 37 1/2 pSt. höher ist als im Durchschnitt, würde die Arbeit bewältigt werden können, ohne daß man nötig hat, Erlaubnis für Ueberschreitung nachzusuchen. In den Reihen der Industriellen scheint es an Leuten zu fehlen, die diesen einfachen Ausweg entdecken können. Wie wäre es, wenn die Arbeiter hier eingriffen, wenn die Arbeiterinnen diesen Angriff auf den Arbeiterschutz dadurch zu paralisieren suchten, daß sie dem Schreien nach Verlängerung der Arbeitszeit die Forderung der Ueberwälzung der Arbeitszeit entgegenzusetzen? Würden die Arbeiterinnen sich durch das Koalitionsrecht einen Achtstundentag erzwingen, dann wäre die jetzt bestehende Schwierigkeit für die Unternehmer überwunden. Wenn die Arbeiter in den Küstenstädten diese Frage ernsthaft in Angriff nehmen würden, wäre allen geholfen. Es ist wohl kaum daran zu denken, daß der Herr, der jegliche Beschränkung beseitigen will, seinen Willen durchsetzt. Jede Verlängerung der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit verschlimmert das Uebel auch für die Unternehmer, da immer mehr die Möglichkeit der Ueberschreitung bei großen Zufuhren vermindert wird. Die Möglichkeit, in Ueberschreitung das Mehr der Zufuhr verarbeiten zu können, ist nur vorhanden, wenn die regelmäßige Arbeitszeit erheblich kürzer ist als die gesetzlich zulässige Arbeitszeit. Die kürzeren Arbeitszeit zu erkämpfen, ist Sache der Arbeiterorganisationen. In die Arbeiterinnen der Fischindustrie ist daher die Mahnung zu richten, die immer wiederholt werden muß: Organisiert Euch!

**Wilde Ausstellungen,** d. h. solche Ausstellungen, die von einem Unternehmer geleitet werden, um sich die Taschen auf Kosten anderer zu füllen, sind nichts Neues mehr, und man sollte deshalb glauben, daß es keine „harmlosen“ Leute geben würde, die auf den Schwandel reinfallen. Leider hat auch in dieser Beziehung das Sprichwort recht, welches besagt, daß die Dummen nicht alle werden. Das Berliner Polizeipräsidium veröffentlicht folgende Warnung:

„Seit dem 1. Mai ds. Js. findet im Hotel Mariental zu Wandsbek bei Hamburg eine hauptsächlich von auswärtigen Ausstellern besuchte „Allgemeine Ausstellung“ statt, die bis zum Oktober 1906 dauern soll und nicht als reell zu bezeichnen ist. Ihr Veranstalter ist der frühere Bäckermeister Heinrich Langla zu Hamburg. Langla betreibt das „Ausstellungsgeheimnis“ schon lange; so hat er 1899 in Harburg und Lübeck (und zwar unter Mitwirkung eines Komitees, dem auch der Chefredakteur des hies. „S.-M.“ angehörte, der jetzt diese Warnung ebenfalls zum Ausdruck bringt, Red. d. S. M.) je eine Ausstellung aller möglichen Dinge unter einem langatmigen Titel veranstaltet, 1900 eine Gewerbe- und Industrie-Ausstellung in Hamburg, 1901 ebensolche Ausstellungen in Neumünster, Harburg und Bremen, 1902 in Hamburg-Altona und Düsseldorf. Bei der gegenwärtigen Ausstellung in Wandsbek, deren Besuch übrigens ohne Eintrittsgeld gestattet ist, lehnt Langla, wie bereits mitgeteilt, jede Auskunft darüber, wer Mitglied des Preisgerichts und der Ausstellungsdirection ist, wer prämiert ist oder wird oder werden soll, welche Ausstellungsgegenstände prämiert werden und worin die Prämien bestehen, ab. Die Staatsanwaltschaft zu Altona hat sich der Sache bereits angenommen und gegen Langla ein Verfahren wegen Betruges anhängig gemacht. Verjonen, die durch Langla betrügerisch geschädigt worden sind, aber Anzeige noch nicht erstattet haben, wollen dies bei der Berliner Kriminalpolizei unter Angabe der Tagesbuch-Nummer 404. IV. 17. 04 nachholen. Es wird dringend gewarnt, die Ausstellung des Langla in Wandsbek zu besuchen; denn die Aussteller haben, abgesehen von den nicht unerheblichen Kosten, zu gewärtigen, daß, wenn sie etwa von den ihnen verliehenen Diplomen, Auszeichnungen u. dergl. auf ihren Anfindungsmitteln, Geschäftspapieren usw. Gebrauch machen, die Strafverfolgung wegen unlauteren Wettbewerbs gegen sie eingeleitet werden wird.“

„Wie können sich die Lübecker Gewerbetreibenden mit Erfolg gegen die drohende Warenhaus- und Konsumvereinsgefahr schützen?“ so heißt das Thema, über welches Fritz Kaab, der sich bekanntlich im Reichstage als maßgebender Reaktionsführer gezeigt hat, heute abend sprechen wird. Durch Kinder wurden Zettel verteilt, die in prägnanter Weise für den Referenten als „hervorragenden Vertreter der Interessen des Mittelstandes“ Klame machen sollen und zum Besuch der Versammlung auffordern. In Altona suchen die Herren Antisemiten die Versammlungsteilnehmer mit alten Broschüren zu beglücken, verlangen dafür aber 20 Pfg. Eintrittsgeld; ob hier die Broschüren auch verabsolgt werden und zu welchem Preis, wird in der Einladung nicht gesagt. Es werden sich wohl nicht viele Dumme finden, die dafür Geld ausgeben.

**Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.** Das Polizeiamt macht bekannt: Auf Grund des § 105 e Abs. 1 der Gewerbeordnung wird bestimmt, daß in diesem Jahre an den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten, am 11. und 18. Dezember 1904, in allen Handelsgewerben mit offenen Verkaufsstellen eine Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern, sowie im Gewerbebetrieb außer in den durch die Bekanntmachung vom 23. September 1902 festgelegenen Stunden auch noch in der Zeit bis 9 Uhr abends stattfinden darf.

**Stadt-Theater.** Aus dem Theaterbureau schreibt man: Wie schon erwähnt, hat die Direktion dem Wunsch des Publikums stattgegeben und für Mittwoch, den 23. Novbr., die Jungfrau von Orleans zu kleinen Preisen angelegt. Donnerstag findet das angekündigte Gastspiel von Alfred Rittershaus unter Mitwirkung der Klaviervirtuosin Fräulein Marie Kleinhanns statt. **Abperverletzung.** Ein hiesiger Schlossergeselle, der seinen Vater mittels eines Schraubenschlüssels mißhandelte, wurde wegen Körperverletzung festgenommen.

**r. West-Katekau.** Leifentliche Gemeinde-  
bürger-Verfassungen fanden am Sonntag in  
Sereez und Katekau statt. Genosse Zeller-  
Schwarzau wies an der Hand von Beispielen auf die  
Wichtigkeit der Gemeinderatswahlen besonders für die Ar-  
beiter hin. Nachdem die vom sozialdemokratischen Verein  
vorgeschlagenen Kandidaten einstimmig akzeptiert waren,  
wurde nach einem kräftigen Schlusswort die Versammlung  
mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. —  
Die Gemeinderatswahl findet am Sonn-  
abend den 26. November nachmittags von 2-5  
Uhr bei Herrn Nau-Techau statt. Wir ersuchen  
die Genossen nochmals, sich zahlreich hier-  
an zu beteiligen.

**Seiffenhausen.** Bei der Stadtverordneten-  
wahl wurde Buchdrucker Eggers mit 47 Stimmen wieder-  
gewählt und an Stelle des ausscheidenden Schuhmachers  
Hecht der Kaufmann J. Peterfen mit 49 Stimmen neu  
gewählt. Außerdem wurden noch für den  
Richter H. Weller 12 Stimmen abgegeben. Unsere Ge-  
nossen beteiligten sich nicht an der Wahl.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Bei Fehmar  
strandete bei starkem der englische Dampfer „Arble“. Der  
Kapitän wurde infolge der Aufregung wahnhaftig und  
mußte der Kieler Nervenklinik übergeben werden. — Ein  
Student der Medizin in Kiel ist bei der Beobachtung  
eines an den schwarzen Boden erkrankten russischen Ehe-  
paares angefaßt und schwer erkrankt. — Aus dem Kranken-  
hause zu Gramby (Nordischl.) entließen kürzlich  
morgens zwei Kranke, von denen der eine, ein Tischler-  
geselle aus Meißel, Typhus hatte mit hochgradigem Fieber.  
Der Unglückliche, der bei seiner Flucht nur mit Nachtzeug  
bekleidet war, wurde als Leiche auf einer Wiese in der  
Nähe der Kirche gefunden. Der andere Flüchtling wurde  
halb in einem dem Krankenhause benachbarten Hause im  
Keller gefunden. — Ihren Verletzungen erlegen ist die  
Gefrau Karstens aus Ohlendorf bei Wismar a. L., die  
am vorigen Montag in Stelle von einer Lokomotive schwer  
verletzt wurde. — Vor einiger Zeit brannten in Lankensau  
bei Bremen das Wohnhaus und die Scheune der Frau  
Thölke Klatt ab. Ueber die Entstehung des Feuers war  
nichts auszumachen. Jetzt hat man bei den Aufräumungs-  
arbeiten unter den Trümmern der Scheune verblühte Men-  
schentropfen gefunden. Es handelt sich, da in Lankensau  
niemand vermißt wird, wahrscheinlich um die Liebersteine  
eines Obdachlosen, der in der Scheune genächtigt hat und  
bei dem Brande, den er vermutlich durch eigene Unvor-  
sichtigkeit verursacht hat, ums Leben gekommen ist. —  
In der Drißchaft Jade ereignete sich, wie dem „S. G.“  
gemeldet wird, ein schreckliches Brandunglück. Der Be-  
wäcker Jrels, seine Frau, deren Vater und Schwägerin  
wurden von einer einstürzenden Giebelmauer begraben.  
Der Vater blieb tot, die anderen Personen sind lebensge-  
fährlich verletzt.

**Hamburg.** Folgen schwere Kollisionen. In  
der Henzestraße stießen der Straßenbahnwagen  
1896 und ein Mobilienwagen zusammen. Der  
Anprall geschah mit einer solchen Vehemenz, daß der auf  
dem Hinterrücken des Straßenbahnwagens stehende Kon-  
trollleur Hinz auf die Straße fiel und unter den Mobilien-

wagen geriet, dessen Räder ihn überfahren und äußerst  
schwer verletzten. Auch der Führer des Mobilienwagens  
kam arg zu Schaden. Die beiden Verunglückten wurden  
in ein nahe Haus getragen; dort wurden sie von einem  
Arzt mit Notverbänden versehen und auf seine Anordnung  
ins nächste Krankenhaus gebracht. — Ein am Falkenried  
wohnender Droschkentreiber befand sich mit seinem leichten  
Gefährt auf der Fahrt vom Falkenried nach der Uhlen-  
horst. Unterwegs wurde seine Droschke von einem  
Kohlenblockwagen so heftig angefahren, daß  
er in weitem Bogen von seinem Sitz auf den Fahrdamm  
geschleudert wurde und dort besinnungslos liegen blieb.  
Als es sich herausstellte, daß er auch schwere Verletzungen  
erlitten hatte, wurde er zu einem Krake getragen. Der  
Führer des Kohlenwagens, der den Unglücksfall verschuldet  
hatte, wurde polizeilich notiert. Bei dem Zusammenstoß  
wurde auch die Droschke erheblich beschädigt. — Im Längen-  
kamp fuhr ein Schutzmann auf dem Zweirad.  
Als ihm ein Straßenbahnwagen entgegen-  
gefuhrte kam, wollte er ausweichen. Bei diesem Manöver  
stürzte er mit seiner Maschine und geriet unter den Vorder-  
perron des Motorwagens. Der Beamte hatte schwere  
Verletzungen, namentlich am Kopfe, erlitten. Man brachte  
ihn zunächst zu einem Arzt und nachher auf seinen Wunsch  
in die Wohnung.

**Hamburg.** Ein größeres Feuer richtete in der  
Fleischwarenfabrik „Elbia“ beträchtlichen Schaden an. Das  
Feuer kam im Parterre, wo sich die Darmbehandlung be-  
findet, zum Ausbruch und bahnte sich mit großer Schnel-  
ligkeit einen Weg durch die Decke zum Dach. Die Mann-  
schaften des ersten Feuerwehrluges hatten mit dem Löschen  
und Aufräumen drei volle Stunden zu tun. Die Front-  
seite des Fabrikgebäudes ist teilweise zerstört. Der Trocken-  
raum des Parterres, der sehr viel Fleischwaren enthielt,  
ist ausgebrannt. Der Schaden ist kein geringer; er wird  
von sechs Gesellschaften getragen. — Todeskurz. Im  
Verwaltungsgebäude an der Bleichenbrücke stürzte ein  
Mechaniker aus Eimsbüttel, Liebmann, Vater von vier  
kleinen Kindern, aus einer Höhe von 16 Fuß und war  
sogar tot. Er hatte einen Schädelbruch erlitten.

**Rehob.** Stadtratswahl. An Stelle des zum  
Stadtrat gewählten Bädermeisters Heede wurde am  
Sonntag Steinmetzmeister Kolbe mit 306 Stimmen zum  
Stadtratsmitglied gewählt. Der sozialdemokratische  
Kandidat, Tischlermeister Simonson, erhielt 260  
Stimmen. Es trat sich also für die bürgerlichen  
Wähler gegen die Wahl am Freitag eine Zurahme der  
abgegebenen Stimmen von 76, der sozialdemo-  
kratischen von 41.

**Stumm.** Infolge des Sturmes der vorigen  
Woche haben die Halligen an der Westküste  
Schleswigs wieder sehr gelitten. Die Fluten  
haben wieder viel Halligland fortgeschwemmt; die Re-  
gierungsschutzbauten haben schwer gelitten und namentlich  
auch der Damm Dland Festland. Gewaltige Wassermassen  
trieben gegen Nordmarsch heran, das sehr bald tief unter  
Wasser stand, und nur die paar Burten ragten noch als  
kleine Inseln aus dem Wellenmeer heraus. Selbst wäh-  
rend der der Sturmflut folgenden Ebbe waren mehrere  
Buntbewohner noch gänzlich abgeschlossen. In hanger

Sorge war man um die Fehdinge — gegrabene Trink-  
stellen für das Vieh — daß diese durch das Salzwasser  
undrauhbar wurden, doch erreichte die Flut sie nicht  
völlig. Die Halligbewohner behaupten, daß seit 1862 nicht  
solche Fluthöhe war. — In der letzten Zeit verführten  
russische Agenten an den Westplätzen der Westküste  
und der Eider Westarbeiter für Rußland an-  
zumerben; sie versprachen freie Reise und einen weit  
höheren Lohn als hier verdient wird. Von anderer Seite,  
namentlich durch die Presse, werden die Werkleute ge-  
warnt, sich nicht werben zu lassen, und die Agenten sollen  
bisher noch wenig Glück gehabt haben.

**Lehe.** In Sachen der Abtretung preußi-  
schen Gebiets an Bremen ging am Sonntag eine  
Petition von Vorstehern zahlreicher Landgemeinden des  
Kreis Lehe — bis Sonntag waren 27 Gemeinden ver-  
treten — an das preussische Abgeordnetenhaus ab, um sie  
bei Beginn der Beratung der Kommission der letzteren  
sogar vorzulegen. Unter eingehender Begründung geht  
der Tenor der Petition dahin, das Abgeordnetenhaus  
möge den Vertragentwurf in der vorliegenden  
Fassung unverändert annehmen. Insum (Gemein-  
den Wobdwarden und Dingen) sendet zu gleicher Zeit  
eine besondere Petition ab, die im wesentlichen dasselbe  
befragt und nur darin abweicht, daß sie an der nordwest-  
lichen Seite des das neue Hafengebiet abzuschließenden  
Sollgitters ein Zolltor erbittet.

**Vegeack.** Zu dem Brande der Bremer  
Baumwollspinnerei und Weberei in Grohn-  
Vegeack ist ergänzend mitzuteilen, daß die innere Ein-  
richtung der Weberei vollständig ausgebrannt ist und nur  
noch die Außenwandungen stehen. Eine Frau aus Numund  
wird vermißt. (Prov.-Ztg.)

**Beste Nachrichten.**

**Leipzig.** Liebesdrama. Ein verheirateter Arbeiter,  
Valer von 3 Kindern, hat nach dem „Samb. Corr.“ seine  
zwanzigjährige Geliebte in deren elterlichen  
Wohnung erschossen und dann sich selbst entleibt.

**Hannover.** Zu Tode verbrannt. In Kl. Misse,  
Kreis Lehrte, zog sich ein zweijähriges Kind, indem  
es einen Topf mit kochendem Wasser über sich  
goß, so schwere Brandwunden zu, daß es schon in der  
Nacht darauf sein junges Leben aufhauchte.

**Pasjan.** Raubmord. Die „Donauzeitung“ meldet  
aus Straubing: Der Buchhalter des Nürnberg-  
eisenvereins Mages wurde im Gasthaus „Münchener  
Hof“ mit durchschnittener Kehle und einge-  
schlagenem Schädel aufgefunden; geraubt  
waren 3000 Mk. Der Tat verdächtig ist das reisende Ehe-  
paar Pfrendtner im Mathaeerbau in München ver-  
haftet worden.

**Newyork.** Großfeuer in Brooklyn. Sonn-  
abendmorgen brach in einem dreistöckigen Lagerhause in  
Brooklyn Feuer aus, das sich vier anderen Häusern mit-  
teilte. Die Inassen der letzteren haben sich wahrscheinlich  
alle gerettet; in dem ersten fand die Feuerwehr zwölf  
Leichen. Der Tod war durch Erstickung einge-  
treten. Die Häuser waren meist von italienischen Ar-  
beitern bemohnt.

In der Nacht vom 20 zum 21. d. M. er-  
schien ein sehr starkes und heftiges  
Krankheitsfieber andere beiden kleinen Kindern.

**Franz und Sigmund**  
im Alter von 5 und 1 Jahr.  
Dieses zeigen hierdurch an

**H. Wriggers u. Frau,** geb. Köhler.

Unsere herzlichsten Nachbarn werden bitten  
unsere Anna im Alter von 7 Monaten  
die besten und besten Pflege zu erhalten.

**Heinrich Ahrens u. Frau,** geb. Berg  
Stadthof, den 20. November 1904.

**Zu sofort ein heizbares Logis**  
zu vermieten. Schillerstraße 56, 1.

**Mori 108.**

Wohnung, 3 Zimmer nebst Zubehör billig  
zu vermieten.

Wohlfahrt-Gartenburger Allee 105.

Gesucht zu sofort ein tüchtiger Zigarren-  
arbeiter und zu sofort oder später ein Lehr-  
ling unter günstigen Bedingungen.

L. Steffen, Schlammacherstraße 8.

**Eine Kammer billig zu verkaufen.**

Stadthofstraße 7c, Hinterhaus

Zu verkaufen eine Winterjoppe, ein Pa-  
letot für einen Jüngling und eine Har-  
monika. Begleitstraße 6 st.

**Altes Fischbein kauft**

gegen bar  
Schirmfabrik Hügelstraße, b. d. Königl.

\*\*\*\*\*

**Thüringer Blutwurst**

do. **Zwiebelleberwurst**

erzucht

**Carl Junge**

Wahmstraße 14.  
\*\*\*\*\*

**Friedr. Paetau**  
27 Mühlenstraße 27

1175 Fernsprecher 1175.  
Prima dicke Flohmen,  
kleine Rauchfische,  
geräuch. Köpfe,  
Kohlwurst Pfd. 60 Pfg.  
Kopfleisch Pfd. 40 Pfg.  
geb. Eisbein Pfd. 45 Pfg.

Täglich:  
**Frisch geräuch. Sprotten**  
und **Bücklinge**  
empfiehlt  
**F. A. Rieck, Fischgründerei,**  
Vorbeckstraße 11.

**Paorama**

(Filiale a. d. Passage Berlin).  
Breitestraße 53, 1. Etage.  
Diese Woche ausgestellt:  
**Wanderung i. Mexiko**  
(Oxaka, Guajanato, Zaragoza, Leon).

**Stadthalle.**

Donnerstag:  
Ensemble-Gastspiel des Lübecker Stadt-  
Theaters:  
Zu halben Preisen.  
**Alt-Heidelberg.**  
Schauspiel in 5 Akten  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.  
Barfett 1 Mk., Parterre 50 Pfg.  
im Vorverkauf bei den Herren F. Nagel, H.  
Dreial, F. W. Kaibel.

**Stadt-Theater.**

Mittwoch den 23. November.  
60. Vorstellung. 9. Mittwochs-Abonnement.  
Anfang 7 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.  
10. Volks- u. Schüler-Vorstellung bei ermäß.  
Preisen.  
Auf vielseitiges Verlangen! Zum letzten Male!  
**Die Jungfrau von Orleans.**  
Donnerstag den 24. November. 61. Vorstellung  
Schauspiel von Alfred Rithershaus.  
**Bajazzo.**  
Vorher:  
Konzert-Abteilung unter Mitwirkung der  
Klavierlehrerin Frau Marie Kleinmanns  
aus Hannover.

**Amor**  
Metall-Putz-Glanz  
das Beste.  
In Dosen à 10 Pfg. überall zu  
haben.  
Man verlange wegen Nachahmungen  
merkmallich den echten „Amor“.

**Achtung Maurer!**

**Mitglieder-**

**Versammlung**

am Mittwoch den 23. Novbr.  
abends 8 Uhr

im Vereinslokal, Johannisstr. 50

1. Wahl von Delegierten zur diesjäh-  
rigen Generalversammlung.

2. Erledigung verschiedener An-  
gelegenheiten.

3. Geschäftsbericht.

Der Vorstand.

Die 10. Versammlung steht im Zeichen  
des Kampfes um die Arbeiterrechte.

**Die Bibel**  
als absichtsvolles Menschenwerk  
durch sich selbst, die babylonischen Keilschrifttafeln, sowie die  
sonstigen theologischen und kulturgeschichtlichen Forschungen  
**erklärt!**  
Zugleich eine Geschichte aller Religion,  
insbesondere des Judentums und Christentums.  
Von **Balduin Häuberlich.**  
Erscheint in höchstens 22 Lieferungen à 30 Pf. Gesamtpreis höchstens  
6,60 Mk. Zu beziehen durch die  
**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 50**  
sowie deren Kolporteurs.

**Ausspielen**  
von fetten Gänsen, Karpfen u. Rauchfleisch  
am Donnerstag den 24. Novbr.  
Anfang 10 Uhr morgens.  
**Johs. Meyer, Judenburger Allee 10a.**

## Soziales und Parteileben.

**Ausstand in der Gothaer Waggonfabrik.** Bei der in letzter Zeit viel genannten Firma sind ernste Differenzen ausgebrochen. Die Schmiebe hatten um eine kleine Löhnerhöhung gebeten und waren in den Ausstand getreten, als ihre Forderung abgelehnt wurde. Jetzt sind auch die übrigen Arbeiter, 241 an der Zahl, ausgeperrt worden. Die Ausständigen verteilen sich auf folgende Organisationen: Schmiebeverband 48 Mann, Metallarbeiter 47, Gewerksverein der Metallarbeiter 21, Holzarbeiter 81, Zimmerer 17, Fabrikarbeiter 25. Die Gothaer Waggonfabrik sucht in auswärtigen Wäthern „unorganisierte“ Tischler und Stellmacher und verspricht 40 Mk. Lohn. Wenn die Firma diesen Lohn zahlen wollte, dann bekäme sie die Arbeiter von den jetzigen Arbeitern mit Kupfhänden gemacht. Der Bezug nach Gotha ist streng fernzuhalten. Kein Arbeiter, der auf Ehre hält, geht jetzt nach Gotha.

**Die Schlächtereiarbeiter der dänischen Genossenschaftsschlächtereien** haben ihren seit dem Jahre 1900 geltenden Lohnvertrag auf den 1. Januar 1905 gekündigt und verlangen eine Erhöhung des Wintmallohnens von 17 auf 20 Kronen. Die verbündeten 30 Genossenschaftsschlächtereien — Unternehmungen der großen Bauern — haben auf ihrer am 13. November abgehaltenen Delegierten-Versammlung die Forderungen abgelehnt, sind aber bereit, den alten Tarifvertrag unverändert zu verlängern.

**In der Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“** tritt ein Wechsel ein. Der bisherige Redakteur R o s k e hat seine Stelle für den 1. Januar 1905 gekündigt, weil er aus familiennächsten verhandelt ist, mit der Zeitung nach Stuttgart zu übersiedeln. Ebenso hat auch der Expedient Stubbe seine Kündigung eingereicht. Vorstand und Ausschuss haben darauf beschloffen, als Expedienten der „Holzarbeiter-Zeitung“ ab 1. Januar 1905 den bisherigen Hilfsarbeiter im Verbandsbureau Edward Steinbrenner in Stuttgart zu wählen. Dagegen wird der Posten eines Redakteurs zur Bewerbung ausgeschrieben.

**Bei der Gemeinderatswahl in Sera** sind unsere Parteigenossen diesmal unterlegen. Ihre Stimmzahl ging etwas zurück, die der Gegner ging um einige hinaus. Wir verlieren ein Mandat.

**Parteipreise.** Ein neues Parteiblatt erscheint unter dem Namen „Arbeiterzeitung“ in Vörsach in Baden.

**„Wider die Pfaffenherrschaft“**, Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts, reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. Von Emil Rosenow. Das 32. Heft beginnt mit dem Kapitel: „Kirchenreform und Reherverbrennungen in der Schweiz“, in denen der Verfasser darstellt: Sittenverwilderung — Neujahrsfeyer in Nonnenklöstern — Jugendsünden Zwingli — Zwingli als Reformator — Soziale Gesetzgebung Zürichs — Zwingli's Tod — Die politische Lage Genfs — Herberverbrennungen — Calvins Grausamkeit — Die Verbrennung Michael Servets — Luther, Zwingli und Calvin. Die Illustrationen des Heftes stellen Szenen dar aus dem Schweizer Landeskriegsleben; es enthält auch die Porträts von Zwingli und Calvin. Das Werk erscheint in wöchentlichen Lieferungen à 20 Pfennig, und kann durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer u. Co. bezogen werden. Abonnenten können jederzeit eintreten und die bereits erschienenen Hefte nachbezahlen.

**Das Bremer Parteitagsprotokoll** ist soeben in 2. Auflage erschienen. Die Verhandlungen des Parteitages sind im Protokoll ausführlich wiedergegeben. Das lebhafteste Interesse unserer Parteigenossen an diesen Verhandlungen beweist der innerhalb weniger Wochen notwendig gewordene Nachdruck des Protokolls. Die in Bremen zur Verhandlung gekommenen Fragen waren hauptsächlich: die fernere Gestaltung der Parteifeyer, die Verhandlungen über die Beschlüsse des Amsterdamer Kongresses, die Organisationsfrage und

endlich der Fall Schippel. Das Protokoll enthält ferner den ausführlichen Bericht des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion. Ein Sprechreifer sowie das ausführliche Sachregister erleichtern das Nachschlagen. Als Anhang ist dem Protokoll beigelegt eine ausführliche Wiedergabe der Verhandlungen der dritten Frauenkonferenz, die gleichfalls in Bremen stattgefunden hat und von denen wir die Referate über die Schulfrage und das Kinderschutzgesetz hervorheben. Das Protokoll kostet broschiert 70 Pfennig, in Pappband gebunden 1 Mark, und ist in der Buchhandlung von Friedr. Meyer u. Co. vorrätig.

**Zur Einigung der französischen Sozialisten** nehmen jetzt, nachdem die „Sozialistische Partei Frankreichs“ (Guesdisten) schon ihre Bereitwilligkeit zu einer Einigung auf Grundlage der Dresden-Amsterdamer Resolution erklärt hat, nacheinander die einzelnen Föderationen (Provinzialverbände) der „Französischen sozialistischen Partei“ (Sourcelisten) Stellung. Bekanntlich hat deren Zentralkomitee in einer langen Erklärung sich sympathisch zur Einigung gestellt, aber über den wichtigsten Punkt, nämlich ob das dauernde Bündnis mit bürgerlichen Parteien aufgegeben werden solle — was ja nach dem Sinn des Beschlusses unseres internationalen Kongresses notwendig wäre — sich ausgeschwiegen. Ebenso hat die Seine-Föderation einen Beschluß gefaßt, der die Hauptfrage umgeht. Nun hat die Föderation des Nordens und des Pas-de-Calais sich mit den Einigungsbestrebungen befaßt und einer Erklärung zugestimmt, die sich der Dresden-Amsterdamer Resolution anschließt, unter der Voraussetzung „weibziger Auslegung“. Wie dies zu verstehen, das ergibt sich aus dem Schlußsatz der Erklärung, worin es heißt: „Ganz unter Anschluß an die Dresdener Entschlüsse, welche die Annäherungen an bürgerliche Parteien zurückweisen, wenn diese durch Mittel erlangt werden, die die geeignet sind, den Klassen Gegensatz zu maskulieren, gibt der Kongreß seinen Delegierten (zu den Einigungsverhandlungen) das Mandat, für alle sozialistischen Gruppen das Recht zu verlangen, in ihren Gemeinden ohne Schmälerung der Grundprinzipien der Partei alle zufälligen und zeitweiligen Koalitionen einzugehen, die sie dem Interesse des organisierten Proletariats gemäß halten, und das so, wie es die Sozialisten aller französischen Organisationen tun und stets getan haben, und wie es in diesem Augenblick in Italien bei der Stichwahl die Sozialisten aller Schulen tun.“ Demnach wollen diese Sozialisten sich lediglich das Recht wahren, unter Umständen Wahlkartelle abzuschließen. An dieser Bedingung, wenn loyal ausgeführt, würde natürlich die Einigung nicht scheitern. Der Stein des Anstoßes ist eben die Lehre von der Klassenpolibarität und das dauernde Bündnis mit Bourgeoispartei, zu werden, die schließlich mit dem Interesse des Proletariats gar nichts mehr gemein haben oder ihm direkt widersprechen.

## Aus Nah und Fern.

**Ein schauerhaftes Familienbild** entrollte sich Freitag vor der Strafkammer des Landgerichts II in Berlin bei der Verhandlung einer gegen den Arbeiter Sch moll aus Nauen und dessen Ehefrau gerichteten Anklage wegen Mißhandlung und schwerer Körperverletzung. Der Angeklagte wurde überführt, seine eigene 15jährige Tochter in der gemeinsten und empörendsten Weise mißbraucht zu haben. Der Ehefrau wurde nachgesagt, daß sie dieses abscheuliche Treiben nicht nur gebildet, sondern ihm noch Vorschub geleistet habe. Das als Zeugin geladene Mädchen verweigerte ihr Zeugnis, sie hatte aber seinerzeit vor der Polizei die Skandalszenen ihres Vaters kundgegeben und gegen die Wahrheit dieser Beschuldigungen ließ sich nichts einwenden. Der angeklagten Ehefrau konnte eine Schuld nicht nachgewiesen werden, sie wurde deshalb freigesprochen, der Ehemann dagegen zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

**Der in dem Münzfälschungsprozess Selhaus und Genossen zu sechs Jahren Zuchthaus** verurteilte Buchdrucker Lacke hat durch seinen Verteidiger Rechtsanwält Hauke gegen das Urteil des Schwurgerichts Revision eingelegt. Lacke war bekanntlich im Gegensatz zu dem Gutachten mehrerer Sachverständiger von den Geschworenen für zurechnungsfähig erklärt worden. Die erkannte Strafe scheint ihn nicht niedergedrückt zu haben, denn er ist im Gefängnis ebenso geschwätzig und scheinbar harmlos, wie während der Hauptverhandlung. Er drückt seine tiefste Ueberzeugung dahin aus, daß „die Gerechtigkeit siegen werde“.

**Ein Raubmordversuch** wurde Freitagabend auf dem Wege vom Bahnhof Straußberg nach Egersdorf verübt. Der Täter, der Arbeiter Otto Schulz aus Mariendorf, ist verhaftet, sein Opfer, der Bauer August B e s i e r e r in Egersdorf, liegt schwer verlegt im Krankenhaus zu Straußberg. Günstler hatte den Schulz in Berlin auf einer Bierreise kennen gelernt, und als letzterer sah, daß Günstler in seinem ledernen Portemonnaie eine größere Geldsumme hatte, fuhr er mit ihm nach Straußberg hinaus, um ihn nach Egersdorf zu begleiten. Nicht weit vom Bahnhof entfernt ging Schulz hinter Günstler auf der vom Bahnhof durch einen Wald getrennten Chaussee einher, zog plötzlich sein Messer und versuchte, ihm von hinten die Kehle durchzuschneiden. Günstler erhob noch rasch zum Schutz seine Hände und erreichte dadurch, daß der Schnitt nicht so tief wurde, als der Räuber beabsichtigt hatte. Beim Ringen fiel er dann hin und nun trat ihm Schulz wiederholt mit dem Stiefelabsatz ins Gesicht. Als der Ueberfallene mit schwacher Stimme um Hilfe rief, entfloß der Räuber, nachdem er ihm das Portemonnaie mit 120 Mk. abgenommen hatte. Ein Sohn Günstlers, der zufällig auf dem Bahnhof Straußberg war, hörte die Hilferufe, eilte mit andern Leuten seinem Vater zu Hilfe und fand ihn schwer verwundet dalegen. Der Verabte wurde nach Straußberg ins Krankenhaus gebracht. Da er die Person des Täters angeben konnte, so wurde noch in der Nacht die Verfolgung aufgenommen. Schulz wurde in seiner Wohnung verhaftet und am Sonnabend nach dem Untersuchungsgefängnis in Berlin gebracht. Das Portemonnaie mit dem Geld wurde noch bei ihm gefunden. Dennoch bestreitet er, einen Raubmordversuch oder Raub begangen zu haben. Er behauptet vielmehr, daß Günstler unterwegs unwillkürlich Anfinnen an ihn gestellt und ihn bedroht habe, wenn er nicht gefügig sei. Darauf habe er ihn abgewehrt, ihm das Portemonnaie weggenommen und sei nach Hause gefahren.

**„Meine armen Kinder!“** So jammerte in Halle vor der Strafkammer die verheiratete Arbeiterin Anna Gebhardt, die wegen Diebstahls angeklagt war. Die Frau hatte bei dem Kaufmann Schulze vom Anfang bis Mitte September Kaufwartdienste versehen und in dieser Zeit eine Reihe Kleinigkeiten, Riffe, Bucher, Pudding etc., mitgenommen. Aus purer Wollust hatte sie es, ihrer Kleidung nach, sicher nicht getan. Die Unglückliche hatte auch noch das Maßfeuer, vorbestraft zu sein. Als der Staatsanwalt 9 Monate Gefängnis beantragt hatte, und die Angeklagte ihre zu Hause wartenden Kinder bedauerte, war im Zuhörerraum fast alles von Mitleid ergriffen. Das Gericht schien anderer Meinung zu sein. Es verurteilte die Angeklagte, die nicht alle ihr zur Last gelegten Taten eingeräumt hatte, zu einem Jahr Gefängnis, und beschloß auch noch die sofortige Verhaftung. Unter Tränen und Wehklagen wurde die Unglückliche abgeführt.

**Ueber eine Familientragödie** wird aus Braunschweig berichtet: In ihrer Wohnung wurden Sonnabendmorgen die Witwe des Glaschleiferfabrikbesizers B e s t i n g und ihre beiden im Alter von 18 und 6 Jahren stehenden Kinder bei Leblos aufgefunden. Bei der 18jährigen Tochter konnte nur noch der Tod konstatiert werden, die Mutter und das sechsjährige Kind, die noch Leben verrieten, wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Wie die „Braunschw. N. N.“ mitteilen, hatte die Witwe Besting ein Loch in ein Gasrohr

## Afraja.

Ein nordischer Roman von Theodor Mügge.

(7. Fortsetzung.)

Das war der Ball im Saal von Nilsaogden, der bis tief in die Nacht währte und ein allgemeines Entzücken verbreitete. Die Töchter und Frauen der Kavallerie und Wögte samt den Mädchen und Weibern aus der Umgegend waren unermüdete Tänzerinnen. Sie drehten sich im Zweitritt und in den Reihentänzen nach alter Sitte mit ungeheurer Geschwindigkeit, während die jungen Barsche lebensgefährliche Luftsprünge bis an die Decke des Wirtshauses machten und mit fürchterlicher Gewalt auf die Dielen stürzten. Nach und nach ergriff die Luft alt und jung. Da war einer, der nicht einen Dreher versuchte. Selbst die alten Handelsherren sprangen von ihren Sitzen und suchten sich eine Tänzerin zu verschaffen, sollte es auch die besetzte Wirtin sein. Es war ein wildes Toben, Marstrand schien der einzige, der Widerwillen davor empfand. Er lehnte lange in einer Ecke und sah dem Treiben zu, denn niemand kümmerte sich um ihn. Björnarnie tanzte wie besessen und Jungfrau Nida war von vielen Verehrern begehrt, denn ohne Aufhören wirbelte sie auf dem Plage. Plötzlich aber sah sie der alte Helgestad über den Tisch den Arm des Junkers und zog ihn aus dem Stuhl hervor. „Nun!“ sagte er, „sieh hier wie ein Bild von Stein. Gefällt Euch das Treiben nicht? Kann's mir denken und will Euch einen zeigen, dem es auch nicht behagt. Steht dort der Raffe von Bogt Peter Paulsen in Tromsø, sein Schreiber und Gehilfe, ist ein Mann von Eurem Schnitt, aber einer, der nicht allen Dingen gefällt. Muß Euch das sagen, Herr, ehe wir gehen“, fuhr er fort. „Ist eine Art Rodee, muß sich jeder hüten, was mit bloßer Hand anzufassen. Könnt ihn aber brauchen, wenn Ihr Euren Brief in Tromsø vorlegt. Sollt seine Be-

kanntschaft machen, werdet am besten wissen, wie Ihr Euer Fangnetz gebrauchen müßt.“

Er war bei diesen Worten, indem er Marstrands Hand festhielt, quer durch das Gemach geschritten, wo in der Nähe der Tür auf einer Bankede neben einigen anderen Personen derselbe junge Mann saß, welcher mit Nida und Björnarnie gekommen war. Er schien im eifrigen Gespräch mit seinem Nachbar zu sein, und Helgestad mußte ihn schütteln, ehe er sich umdrehte und sein gelblich bleiches, von Blatternarben arg heimgesuchtes Gesicht auf den Kaufmann richtete. Ein Wald von dunkelstem Haar hing von seiner Stirn auf, und seine runden, stark hervorstehenden Augen blühten unter langen rötlichen Wimpern hervor. Mit zunehmender Freundlichkeit stand er auf und reichte Marstrand die Hand, als Helgestad auf diesen deutend sagte: „Hör, Paul Peterfen, hier ist ein Freund, der dich kennen lernen will. Ist ein Mann aus dem Süden, aus Kopenhagen, wo es dir so gut gefallen hat. Denke, werdet zusammen passen und Freundschaft halten. Ist's nicht so?“

„Herr Marstrand“, sagte der junge Mann höflich, „ich habe von Ihrer Ankunft gehört und würde Sie schon aufge sucht haben, wenn Freund mich nicht festgehalten hätten. Seien Sie willkommen im Lande, dessen größte Herrlichkeit, der Fischfang auf den Fischen, Ihnen hier gleich entgegen tritt. Ich darf nicht fragen, wie er Ihnen gefällt“, fuhr er lachend fort. „Man muß starke Nerven zu solchen Genüssen mitbringen; wenn es aber wahr ist, daß Sie bei uns bleiben wollen, werden Sie jene bald erhalten und vielleicht nach einigen Jahren mit demselben Vergnügen sich hier umdrehen wie alle diese guten Leute, die das ganze Jahr über davon zu erzählen wissen und sich aufs nächste mal schon jetzt freuen.“

Er warf einen spähenden Blick auf den Kreis der Tänzer und lud den Junker ein, auf der Bank Platz zu nehmen, wo ein paar Wögte und Sorenkriber saßen, deren nähere Bekanntschaft zu einem langen Gespräch über Kopenhagen und

über das Leben und Treiben in der Hauptstadt führte, von der Paul Peterfen manches zu erzählen wußte. Er hatte sich einige Jahre dort aufgehalten, die Rechte studiert, war darauf Praktikant in Skandinavien gewesen und hatte endlich zur Unterstützung seines Vaters sich nach Tromsø begeben, wo er, wie es schien, gut gefaßt war. Seine lebhaften Erzählungen und seine Freundlichkeit blieben nicht ohne Eindruck auf Marstrand. Hier war endlich ein Mensch, der gebildet sprach, der sich in der Welt umgesehen hatte, und dessen überlegener Geist sich in allem, was er tat und sagte, bemerkbar machte. Während Marstrand mit sämtlichen Wögten und geschworenen Schreibern Punsch und Lohdy trinken mußte, empfand er ein wachsendes Gefühl der Zuneigung für den Raffen des Wogts von Tromsø und endlich konnte er sich nicht enthalten, ihm die Hand zu schütteln und sein Vergnügen auszudrücken, eine so wertvolle Bekanntschaft gemacht zu haben.

„Es kann Ihnen nicht lieber sein wie mir, Herr Marstrand“, versetzte Peterfen, „erst wenn Sie länger hier sind, werden Sie empfinden, was es heißt, einen Mann kennen zu lernen, mit dem man von Welt und Menschen reden kann.“

„Und wie haben Sie es ausgehalten“, fragte der Junker, „sich jahrelang nur von Stodfish, Tran, Heringen und Eidergänsen zu unterhalten?“

Paul Peterfen warf einen lächelnden Blick auf seine Nachbarn, welche die Frage nicht gehört hatten. Dann sagte er: „Ich denke, wir machen uns aus diesem heißen, nach Fett, Tabak und Brauntwein riechenden Ballsaal, um einige Minuten draußen frische Luft zu schöpfen. Der Wind steht hell über dem Westfjord und beleuchtet Salten, die Insel und die ganze Küste. Das ist ein herrlicher, wunderbarer Anblick. Ich will Sie auf eine Holmspitze führen, Herr Marstrand, und denke, der kleine Gang wird uns beiden wohlthun.“

Als sie draußen standen, war es so, wie der Schreiber

